

Protokoll 129. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 22. Januar 2025, 17.00 Uhr bis 20.01 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Angelica Eichenberger (SP)

Anwesend: 114 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (Parteilos), Snezana Blickenstorfer (GLP), Martin Busekros (Grüne), Christina Horisberger (SP), Maleica Landolt (GLP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Martina Novak (GLP), Yves Peier (SVP), Carla Reinhard (GLP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|----|----------|--------|---|-----|
| 1. | | | Mitteilungen | |
| 2. | 2025/2 | *
E | Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 08.01.2025:
Verhinderung der Leerkündigungen der drei Liegenschaften an der Langgrütstrasse 17/21, 25/29 und 33/37 | STP |
| 3. | 2024/586 | *
E | Motion der Grüne-Fraktion vom 18.12.2024:
Erhöhung des Mindestanspruchs an Ferien für das städtische Personal von vier auf fünf Wochen, Änderung des Personalrechts (PR) | FV |
| 4. | 2024/565 | * | Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 04.12.2024:
Erhöhung des Ferienanspruchs auf mindestens fünf Wochen, Anpassung der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) | |
| 5. | 2024/238 | | Weisung vom 29.05.2024:
Motion von Marco Denoth und Brigitte Fürer betreffend Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und den Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts, Bericht und Abschreibung | VHB |

6.	2024/159	E/A	Postulat von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 10.04.2024: Vorrangiger Anspruch der städtischen Bevölkerung auf preisgünstigen Wohnraum in städteigenen Liegenschaften	FV
8.	2024/299	E/A	Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 19.06.2024: Schlachthofareal, Nutzung der Hallen als grosse Markthalle	FV
9.	2024/26	E/T	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Ivo Bieri (SP) und Claudio Zihlmann (FDP) vom 24.01.2024: Einrichtung eines Pumptracks in Witikon	VSS
10.	2024/78	E/A	Postulat von Dafi Muharemi (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 28.02.2024: Einrichtung einer zentralen Informations- und Beratungsstelle für Familien, deren Kinder eine Diagnose im Bereich der Autismus-Spektrum-Störung (ASS) erhalten haben	VSS
11.	2024/181	E/A	Postulat von Tiba Ponnuthurai (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.04.2024: Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Unterricht durch Mitarbeitende der Betreuung unter Berücksichtigung ihrer Aus- und Weiterbildungen und ohne Folge einer Lohnneibusse für diese Mitarbeitenden sowie ohne Erhöhung des administrativen Aufwands für die Schulen	VSS
12.	2024/267	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 05.06.2024: Beizug der Lehrpersonen in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) bei logopädischen Abklärungen und beim Erfassen der Kompetenzen von neuzugezogenen Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache	VSS
13.	2024/270		Interpellation von Stefan Urech (SVP), Sebastian Vogel (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2024: Aktion von Mitgliedern der Südkurve auf Pausenplätzen und in Klassenzimmern, Bericht über die Geschehnisse an diesen Tagen, Video-Aufnahmen in den betroffenen Schulhäusern, Stellungnahme der Fansozialarbeit des FCZ und strafrechtliche Einordnung sowie Einschätzung betreffend Folgeaktionen bei ausbleibenden Konsequenzen	VSS
14.	2024/294	A/P	Motion von David Ondraschek (Die Mitte) vom 19.06.2024: Wahl der Schulkreispräsidien in einer gesamtstädtischen Wahl, Revision der Gemeindeordnung (GO)	VSS

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Der Ratspräsident Guy Krayenbühl (GLP) gibt die Absetzung von TOP 7, GR Nr. 2024/248, «Postulat von Tanja Maag (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 29.05.2024: Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen, kritische Prüfung und aktivere Beratungstätigkeit betreffend die Mietzinsentwicklungen gemeinnütziger Wohnbauträgerschaften» von der heutigen Tagliste bekannt.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Die weiteren Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4202. 2025/2

Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 08.01.2025: Verhinderung der Leerkündigungen der drei Liegenschaften an der Langgrütstrasse 17/21, 25/29 und 33/37

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Dellenbach (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4203. 2024/586

Motion der Grüne-Fraktion vom 18.12.2024: Erhöhung des Mindestanspruchs an Ferien für das städtische Personal von vier auf fünf Wochen, Änderung des Personalrechts (PR)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Dellenbach (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Felix Moser (Grüne) vom 15. Januar 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 4176/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 58 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4204. 2024/565**Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 04.12.2024:
Erhöhung des Ferienanspruchs auf mindestens fünf Wochen, Anpassung der
Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR)**

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 4055/2024).

Die Parlamentarische Initiative wird von 23 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Damit ist das Geschäft erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat

4205. 2024/238**Weisung vom 29.05.2024:****Motion von Marco Denoth und Brigitte Fürer betreffend Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und den Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht des Stadtrats betreffend die Motion GR Nr. 2020/359 wird Kenntnis genommen.
2. Die am 26. August 2020 eingereichte Motion, GR Nr. 2020/359, von Marco Denoth (SP) und Brigitte Fürer (Grüne) betreffend Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und der Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts, wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Brigitte Fürer (Grüne)

Sistierungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Sistierung der Weisung mit folgender Begründung:

Nach zweimaliger Fristerstreckung argumentiert der Stadtrat u. a., er wolle die Forderungen der Motion zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzen. Es brauche eine materielle Koordination zur Berücksichtigung des ISOS, so dass vergleichbare Kriterien mit der bevorstehenden BZO-Revision in allen Stadtquartieren zur Anwendung kommen. Er schätzt zudem die Entwicklungsdynamik in diesem Geviert als gering ein.

Die Motion soll nun abgeschrieben werden, ohne dass aufgezeigt wird, wie die Anliegen der Motion umgesetzt werden können. Es werden lediglich mögliche Stossrichtungen skizziert.

Die Weisung soll daher bis zur bevorstehenden BZO-Revision sistiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch klar sein, welche Massnahmen in der BZO-Revision ergriffen werden, um die Forderungen der Motion zu erfüllen. Zu diesem Zeitpunkt kann die Motion dann auch abgeschrieben werden.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Sistierungsantrags.

Mehrheit:	Martin Busekros (Grüne) i. V. von Brigitte Fürer (Grüne), Referat; Dr. Mathias Egloff (SP), Präsidium; Flurin Capaul (FDP), Vizepräsidium; Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Maleica Landolt (GLP), Jürg Rauser (Grüne), Stefan Reusser (EVP), Roger Suter (FDP)
Minderheit:	Referat: Karen Hug (AL)
Abwesend:	Reto Brüesch (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 7 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Nach zweimaliger Fristerstreckung argumentiert der Stadtrat u. a., er wolle die Forderungen der Motion zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzen. Es brauche eine materielle Koordination zur Berücksichtigung des ISOS, so dass vergleichbare Kriterien mit der bevorstehenden BZO-Revision in allen Stadtquartieren zur Anwendung kommen. Er schätzt zudem die Entwicklungsdynamik in diesem Geviert als gering ein.

Die Motion soll nun abgeschrieben werden, ohne dass aufgezeigt wird, wie die Anliegen der Motion umgesetzt werden können. Es werden lediglich mögliche Stossrichtungen skizziert.

Die Weisung soll daher bis zur bevorstehenden BZO-Revision sistiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch klar sein, welche Massnahmen in der BZO-Revision ergriffen werden, um die Forderungen der Motion zu erfüllen. Zu diesem Zeitpunkt kann die Motion dann auch abgeschrieben werden.

Mitteilung an den Stadtrat

4206. 2024/159

Postulat von Reto Brüesch (SVP), Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 10.04.2024:

Vorrangiger Anspruch der städtischen Bevölkerung auf preisgünstigen Wohnraum in stadt eigenen Liegenschaften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3085/2024).

Patrik Maillard (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 3. Juli 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 67 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4207. 2024/299

**Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 19.06.2024:
Schlachthofareal, Nutzung der Hallen als grosse Markthalle**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Jean-Marc Jung (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3375/2024).

Michael Schmid (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 3. Juli 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 66 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4208. 2024/26

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Ivo Bieri (SP) und Claudio Zihlmann (FDP) vom 24.01.2024:
Einrichtung eines Pumptracks in Witikon**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2766/2024).

Christine Huber (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 7. Februar 2024 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Witikon und weiteren Quartieren ein Pumptrack eingerichtet werden kann – wenn möglich mit privater Beteiligung.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4209. 2024/78**Postulat von Dafi Muharemi (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 28.02.2024: Einrichtung einer zentralen Informations- und Beratungsstelle für Familien, deren Kinder eine Diagnose im Bereich der Autismus-Spektrum-Störung (ASS) erhalten haben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dafi Muharemi (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2886/2024).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. März 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Christine Huber (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine zentrale Informations- und Beratungsstelle sowie eine begleitende Infowebsite für Familien, deren Kinder eine Diagnose im Bereich der Autismus-Spektrum-Störung (ASS) erhalten haben, in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Informations- und Beratungsstellen (bspw. www.perspectivaplus.ch) und bestehenden Infowebsites (bspw. www.autismus.ch) eingerichtet werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Dafi Muharemi (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 77 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4210. 2024/181**Postulat von Tiba Ponnuthurai (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.04.2024:****Übernahme zusätzlicher Aufgaben im Unterricht durch Mitarbeitende der Betreuung unter Berücksichtigung ihrer Aus- und Weiterbildungen und ohne Folge einer Lohneinbusse für diese Mitarbeitenden sowie ohne Erhöhung des administrativen Aufwands für die Schulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Tamara Bosshardt (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3118/2024).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 22. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 78 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4211. 2024/267

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 05.06.2024:

Beizug der Lehrpersonen in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) bei logopädischen Abklärungen und beim Erfassen der Kompetenzen von neuzugezogenen Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3302/2024).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 26. Juni 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 70 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4212. 2024/270

Interpellation von Stefan Urech (SVP), Sebastian Vogel (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2024:

Aktion von Mitgliedern der Südkurve auf Pausenplätzen und in Klassenzimmern, Bericht über die Geschehnisse an diesen Tagen, Video-Aufnahmen in den betroffenen Schulhäusern, Stellungnahme der Fansozialarbeit des FCZ und strafrechtliche Einordnung sowie Einschätzung betreffend Folgeaktionen bei ausbleibenden Konsequenzen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3096 vom 23. Oktober 2024).

Stefan Urech (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4213. 2024/294

Motion von David Ondraschek (Die Mitte) vom 19.06.2024:

Wahl der Schulkreispräsidien in einer gesamtstädtischen Wahl, Revision der Gemeindeordnung (GO)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

David Ondraschek (Die Mitte) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3370/2024).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

David Ondraschek (Die Mitte) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2025/20 (statt Motion GR Nr. 2024/294, Umwandlung) wird mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4214. 2025/21

Einzelinitiative von Jan Suter vom 08.01.2025: Samstagszuschlag für städtische Mitarbeitende

Von Jan Suter ist am 8. Januar 2025 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Das Personalrecht der Stadt Zürich wird wie folgt angepasst:

Art. 58 Besondere Lohnanteile

Für besondere Beanspruchungen oder Inkonvenienzen, die mit dem Lohn nicht abgegolten sind, kann der Stadtrat oder die von ihm bezeichnete Instanz besondere Vergütungen ausrichten. Der Stadtrat regelt die Entschädigungen für Nacht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Bereitschaftsdienst, für angeordnete Überzeit und für die ausserordentliche Vertretung einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers in einer höheren Funktionsstufe.

Begründung

In den Stadtspitälern, Gesundheitszentren und bei der VBZ wird jeden Tag gearbeitet, von Montag bis Sonntag. Dabei stellt gerade die Arbeit am Wochenende jedoch eine besondere Belastung für die Mitarbeiter*innen dar, da sie dadurch von einem grossen Teil des sozialen Lebens abgeschnitten sind, welches vor allem am Wochenende stattfindet.

Am Sonntag und in der Nacht werden die Mitarbeiter*innen dafür zusätzlich entschädigt. Dabei stellt sich die Frage, warum am Samstag nicht? Wo doch der negative Effekt auf die soziale Teilhabe der gleiche ist wie am Sonntag.

Als Mitarbeiter*in in der Gesundheitsbranche ist man grosser psychischer sowie physischer Belastung ausgesetzt. Deswegen ist es das mindeste einen Samstagszuschlag einzuführen, welcher diese wertvolle und systemrelevante Arbeit wenigstens auf eine monetäre Weise teilweise wertschätzt.

Auf einer personalpolitischen Ebene hat ein solcher Entscheid durchaus positive Auswirkungen. Schweizweit leidet die Gesundheitsbranche an einem Fachkräftemangel, gerade ein Samstagszuschlag gekoppelt mit anderen vorteilhaften Regelungen in den Stadtspitälern macht diese als Arbeitsort attraktiver und mindert so den Druck auf die Stadtspitäler.

Auch die VBZ hat Personalprobleme, welche durch eine Annahme der Initiative zumindest zum Teil entschärft werden könnten. Die Verkehrsbetriebe schlafen nie, was wunderbar ist für die Stadtbevölkerung, aber auch eine Belastung für die Angestellten. Damit die Stadt weiterhin einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr hat, wie auch die Gesundheitsversorgung sicherstellen kann, muss die Stadt auch gute Arbeitsbedingungen bieten und eine gerechte Entschädigung für die Arbeit an Samstagen. Aus den oben genannten Gründen fordere ich im Namen der JUSO Stadt Zürich die Einführung eines Samstagszuschlag für städtische Mitarbeiter*innen und somit für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Mitteilung an den Stadtrat

4215. 2025/22**Postulat von Nadina Diday (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Christian Traber (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2025:****Vermietung der Turnhallen und Rasensportfelder bei Schulanlagen während der schulfreien Zeit durch das Sportamt**

Von Nadina Diday (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Christian Traber (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden ist am 22. Januar 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Vermietung von städtischen Einfach-, Doppel-, Dreifachhallen und Spezialhallen sowie die Rasensportfelder bei den Schulanlagen während der schulfreien Zeit, d.h. am Abend, am Wochenende und in den Schulferien, durch das Sportamt verwaltet werden können.

Begründung:

Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Lebensqualität aller Zürcherinnen und Zürcher. Sport trägt zur Gesundheit, Bildung und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, zur sozialen Integration und dem Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Darum ist es wichtig, dass die städtischen Turnhallen sowie die Rasensportfelder in den ausserschulischen Zeiten von der Zürcher Bevölkerung, insbesondere von den Zürcher Sportvereinen, genutzt werden können.

Die Verwaltung der städtischen Turnhallen stellen aktuell zwei verschiedene Ämter sicher: Die Einfachhallen verwaltet das Schulamt; die Doppel-, Dreifach- sowie Spezialhallen das Sportamt. Dies führt zu unterschiedlichen Handhabungen in der Vermietung sowie administrativen Mehraufwänden. Beispielsweise sind die vom Sportamt verwalteten Hallen in der Regel abends, an den Wochenenden sowie in den Schulferien für die Benutzerinnen und Benutzer geöffnet, jedoch nicht die Einfachhallen. Die Öffnung der Einfachhallen an den Wochenenden sowie während den Schulferien würden dem grossen Bedürfnis entsprechen, insbesondere auch weil die Einfach-, Doppel, Dreifachhallen und Spezialhallen bereits heute stark und vielfach vollständig ausgelastet sind. Das Sportamt steht im engen Kontakt mit den Sportvereinen und kennt deren Bedürfnisse. Durch die Vergabe aller Sporthallen aus einer Hand können Synergien sichergestellt werden, da das Sportamt den Überblick über alle frei verfügbaren Einheiten hat. Zudem vereinfacht dies die Kommunikation für die Vereine, denn die Belegungsplanung wird in der Regel durch ehrenamtlich engagierte Vereinsmitglieder vorgenommen. Dadurch kann der administrative Aufwand für die Nutzerinnen und Nutzer reduziert werden.

Es soll zudem geprüft werden, inwieweit auch Sporthallen von kantonalen Schulen (z.B. Berufs- oder Kantonsschulen), welche auf Stadtgebiet liegen, miteinbezogen werden könnten.

Mitteilung an den Stadtrat

4216. 2025/23**Jugendvorstoss von Ricarda Barman und Pauline Kopp vom 09.12.2024: Freie Flächen der Stadt Zürich für umweltfreundliche Energie**

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Ricarda Barman und Pauline Kopp, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Pilotprojekt mit der Dauer von 4 Jahren zu starten, mit dem Ziel private Liegenschaftsbesitzer:innen bei der Installation von Solaranlagen auf deren Dächer zu unterstützen. Hierfür sollen jährlich 3 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Ferner ist nach 4 Jahren ein Bericht vorzulegen.

Begründung:

Die Stadt Zürich muss ihren CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren. Dies ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch praktisch umsetzbar. Konkret schlagen wir folgende Maßnahmen vor: Erstens brauchen wir mehr Solarenergie auf unseren Dächern. Das Potential ist da, wird aber insbesondere bei privaten Hausbesitzer:innen zu wenig genutzt. Mit gezielten Fördergeldern können wir Hauseigentümer:innen motivieren, Solarpanels zu installieren. Gerade da das Bauen und Installieren von Dachanlagen in der Stadt Zürich mehr kostet als ausserhalb, sind solche Fördermassnahmen von grosser Bedeutung.

Zweitens sollten alle geeigneten freien Flächen in der Stadt für umweltfreundliche Energiegewinnung genutzt werden. Dies reduziert unseren Energieverbrauch aus umweltschädlichen Quellen für Heizung

und Beleuchtung. So kann die Stadt Zürich einen Beitrag dazu leisten, dass unser Ausstoss an Treibhausgasen minimiert wird.

Mit dem vorgeschlagenen Pilotprojekt kann gut getestet werden, ob die Fördermassnahmen den gewünschten Effekt mit sich bringen und die bereits bestehenden Fördermassnahmen damit ergänzt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

4217. 2025/24

Jugendvorstoss von Cosmo Gschwend und Suleqa Ahmed vom 09.12.2024: Förderung von Randsportarten

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Cosmo Gschwend und Suleqa Ahmed, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert eine kreditschaffende Weisung vorzulegen für die Organisation eines regelmässigen, stadtweiten Sportevents ausserhalb des Schulbetriebs. Für die Umsetzung soll mit Jugendarbeit, Schul- und Sportamt und Sportverbänden zusammengearbeitet werden.

Fokus soll dabei auf die Förderung von Randsportarten gelegt werden und die Kinder und Jugendlichen bei der Auswahl miteinbezogen werden.

Begründung:

Sport fördert die körperliche und geistige Gesundheit, die Selbstwirksamkeit, die Teamfähigkeit und macht Spass. Gleichzeitig lernen die Jugendlichen neue Leute kennen, schliessen neue Freundschaften und können gleichzeitig Stress abbauen. Sport bietet eine Ablenkung vom schulischen Stress und bietet eine sinnvolle Alternative zur Langeweile.

Fussball geniesst in der Öffentlichkeit eine hohe Beliebtheit und nimmt in der Sportförderung viel Platz ein. Randsportarten wie Eiskunstlauf, Seifenkistenfahren, Basketball, Boxen, etc. gehen dabei etwas unter. Im Rahmen eines solchen Sportevents können Kinder und Jugendliche solche Sportarten ausprobieren und allenfalls in der Freizeit weiterverfolgen.

Die neugeschaffenen Sportevents sollen jährlich dezentral angeboten werden und über das Jahr verteilt stattfinden.

Mitteilung an den Stadtrat

4218. 2025/25

Jugendvorstoss von Lilja Just und Leander Bross vom 09.12.2024: Anpassung der Schulzeiten auf der Sekundarstufe

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Lilja Just und Leander Bross, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Verordnung Tagesschule in folgenden Punkten anzupassen, damit ein späterer Schulbeginn (ab 08:00) und 3 freie Nachmittage an der SEK-Stufe möglich gemacht werden können:

- Aufgabenstunden pro Woche: Die Aufgabenstunden dürfen die Gesamt-Lektionen-Anzahl nicht erhöhen: diese müssen damit entweder in den Unterricht integriert sein oder falls sie zusätzlich zu den obligatorischen Lektionen organisiert sind, müssen diese freiwillig sein und an den Randzeiten organisiert werden, um die Gesamtlektionen-Anzahl nicht zu erhöhen
- Die Mittagspause muss auf 45 bis 60 Minuten gekürzt werden.
- Die 10-Uhr-Vormittags-Pause Uhr auf 20 Minuten beschränken.
- Die Nachmittags-Pause Uhr auf maximal 10 Minuten beschränken
- Jeden Tag 6 Stunden am Vormittag (08:00 -13:20) und nur an 2 Tagen 2 Lektionen am Nachmittag, dafür sind 3 Nachmittage frei.

Begründung:

Am Nachmittag sind die Jugendlichen sehr erschöpft.

Bei viermal Nachmittagsunterricht in der Woche bleibt zu wenig Zeit für Hobbies.

Für Tests kann intensiver gelernt werden, wenn früher Schulschluss ist und damit die Erschöpfung nicht so gross ist.

Bei kürzeren Schultagen gibt es mehr Gestaltungsspielraum für die eigene Zeit-/Lebensgestaltung.

Mehr Pause an Nachmittagen ist wichtig für die Gesundheit und das Wohlbefinden.

Diese intensiven langen Tage mit nur wenig Freizeit am Nachmittag führt zu Erschöpfungszuständen, v.a. später im Schuljahr (v.a. vor den Sommerferien).

Der Schulbeginn wäre frühestens um 08:00 Uhr, damit ist die Konzentration der Schüler*innen besser und passt besser zum Biorhythmus der Jugendlichen.

Die Reduktion von 4 Nachmittagen auf 2 Nachmittage bringt eine Kostenersparnis in der Betreuung.

Vereine könnten früher in die Turnhallen gehen, wenn die Schule früher schliesst.

Mitteilung an den Stadtrat

4219. 2025/26

Jugendvorstoss von Irem Dönmez und Khando Chushetsang vom 09.12.2024: Psychische Gesundheit in der Sekundarschule stärken

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Irem Dönmez und Khando Chushetsang, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit für den Ausbau der Angebote im Bereich der psychischen Gesundheit an Schulen vorzulegen.

Begründung:

Der Rahmenkredit soll unter anderem für folgende Massnahmen eingesetzt werden:

Die Schulsozialarbeit soll mehr Ressourcen erhalten, um ihre Präsenzzeiten in den Schulen auszubauen. Die schon vorhandenen Programme im Bereich der psychischen Gesundheit sollen flächendeckend in allen Schulen umgesetzt werden. Zudem sollen aufklärende und präventive Massnahmen zur psychischen Gesundheit ausgebaut werden.

Bei den neuen Angeboten soll vor allem der Fokus auf die Schüler*innen ab dem 8. Schuljahr gelegt werden, da diese besondere Herausforderungen in der Zeit der Berufswahl haben.

Die Angebote sollen möglichst allen Schüler*innen dieser Stufe zur Verfügung stehen.

Mitteilung an den Stadtrat

4220. 2025/27

Jugendvorstoss von Thierry Alves de Lima, Besarta Kamili und Tereza Marčetić vom 09.12.2024: Vergünstigte Kinoeintritte

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Thierry Alves de Lima, Besarta Kamili und Tereza Marčetić, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen wie allen in der Stadt Zürich wohnende Jugendlichen zwischen 12-18 Jahren drei Vergünstigte Kinoeintritte zum Preis von fünf Franken abgegeben werden können.

Die Gutscheine sollen je einen Kino Eintritt plus 15.- Konsumation beinhalten.

Begründung:

Kinoabende sind eine gute Möglichkeit, Freizeit sinnvoll zu verbringen, statt beispielsweise zu Hause vor dem Handy zu sitzen. Sie fördern den Austausch mit Gleichaltrigen und bieten eine entspannte Umgebung,

um gemeinsam zu verbringen. Ein solches Angebot wäre eine kleine Investition mit grossem gesellschaftlichem Nutzen: Es stärkt die kulturelle Bildung, fördert soziale Teilhabe und bewahrt die Chance, dreimal im Jahr unvergessliche Erlebnisse zu geniessen.

Mitteilung an den Stadtrat

4221. 2025/28

Jugendvorstoss von Jeremy Ruoss und Olivia Spiegler vom 09.12.2024: Vergünstigtes Jahresabo für Schulkinder, Studierende und Lernende

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Jeremy Ruoss und Olivia Spiegler, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Jahresabo für die Zone 110 für Schüler:innen, Studierende, Lehrlinge und Gymnasiast:innen wie folgt vergünstigt werden:

Für Schüler:innen bis Ende der ordentlichen Schulzeit (9. Schuljahr) auf 120.-Fr pro Jahr

Für Lernende und Studierende und Gymnasiast:innen mit Lehrlingsausweis oder Legitimationskarte (bis max. 24.99 Jahre) auf 240.- Fr pro Jahr.

Begründung:

Heute zahlen alle jungen Personen von 6 bis 25 Jahren 586.- Fr für ein Abo, Ausnahmen sind SchülerInnen bei denen der Schulweg unzumutbar ist, in diesem Fall werden die Kosten von der Schule übernommen.

Dieses Jahresabo ist für viele Schüler:innen Studentinnen oder lernende zu teuer.

Dieser Vorstoss soll dazu beitragen dass die Ungleichheit, die heute durch die Regelung der Schulwegbegrenzung, besteht zu beheben und der Kostenunterschied zu den Gratisticketes verringert wird.

Mitteilung an den Stadtrat

4222. 2025/29

Jugendvorstoss von Alexander Marty und Charlotte Lehmann vom 09.12.2024: Jugendliche von verschiedenen Suchtmitteln abhalten

Am 9. Dezember 2024 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Alexander Marty und Charlotte Lehmann, eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Rahmenkredit für die Prävention im Suchtbereich geschaffen werden kann, insbesondere für die Sensibilisierung von Jugendlichen, sowie Eltern, Lehrpersonen und Betriebe in der Umgebung von Schulen, die Alkohol und Tabak verkaufen. Die Präventionsarbeit soll wiederkehrend (bspw. Jährlich) stattfinden wie beispielsweise im Rahmen einer Kampagne.

Wir wollen das die Aufklärung von diesem Suchtmittel möglichst früh durch Präventionen und Sensibilisierungen stattfinden. Diese Präventionen sollen aus praktischen Auseinandersetzungen und abschreckenden Inhalten bestehen.

Begründung:

Der Suchtmittelkonsum ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die heutige Präventionskampagnen zu Suchtmittel sind nicht ausreichend und hinterlässt keinen Eindruck auf die Jugendlichen. Deshalb ist es notwendig das zukünftige Präventionskampagnen «echte Beispiele» aufzeigen.

Viele Jugendlichen fangen z.B. durch schlechtes Umfeld, Gruppenzwang, Stress oder familiären Gründen mit Suchtmittel an. Die häufigsten vorkommenden Suchtmittel sind das Rauchen von Zigaretten und Vapes und der Konsum von Alkohol.

Der Konsum von Suchtmittel verringert die schulischen Leistungen und schränkt das Sozialleben ein. Kein Konsum führt zu einem gesunden Körper und höherer Lebensqualität.

Es braucht ein Bewusstsein der Eltern über die negativen Auswirkungen von Suchtmittelkonsum von Jugendlichen.

Beispiele für Massnahmen:

- Elternprävention
- Förderung von einem gesunden Umgang
- Workshop an Schulen
- Besuche an Schulen von Betroffenen, die von ihren Erfahrungen erzählen
- Besuche in Suchtmittelstation, Spitälern
- Suchtmittelwerbung regulieren
- Aufklärung der schulnahen Betriebe über die Auswirkungen vom Verkauf von Tabak und Alkohol an Jugendliche

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative, das Postulat und die sieben Jugendvorstösse werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4223. 2025/30

Schriftliche Anfrage von Jehuda Spielman (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Marita Verbali (FDP) vom 22.01.2025:

Gesamtsanierung der Liegenschaft an der Birmensdorferstrasse 191, Gründe für das Vorgehen der Stiftung «Einfach Wohnen», mögliche Alternative für eine Sanierung ohne Kündigungen, Ersatzangebote für einen Wohnungswechsel, Unterstützung für Gewerbetreibende und Bewertung des Sanierungskonzepts sowie Standort der Geschäftsstelle der Stiftung während des Umbaus

Von Jehuda Spielman (FDP), Flurin Capaul (FDP) und Marita Verbali (FDP) ist am 22. Januar 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am vergangenen Montagabend, dem 20. Januar 2025, führte die Städtische Wohnstiftung «Einfach Wohnen» einen Informationsabend für die Mietenden der Liegenschaft Birmensdorferstrasse 191 im Kirchgemeindehaus Wiedikon durch. Dabei wurden die Mietparteien über die geplante Gesamtsanierung der Liegenschaft informiert. Es wurde allen Mietparteien mitgeteilt, dass sie aufgrund der Sanierung ihre Wohnungen und Geschäftsräume bis zum 31. März 2026 verlassen müssen. Dies stellt eine sog. «Leerkündigung» dar.

Die Leerkündigungen im Fall der «Sugus-Häuser» Ende des vergangenen Jahres haben gezeigt, wie dramatisch solche Situationen für die betroffenen Menschen sein können. Das Einladungsschreiben zur Informationsveranstaltung erhielten die Mietparteien der Liegenschaft Birmensdorferstrasse 191 kurz vor der Adventszeit, was sofort grosse Unsicherheit auslöste. Dieses Schreiben wurde den Mietenden nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Sugus-Kündigungen zugestellt. Dies wirft Fragen auf, da Stadtpräsidentin Corine Mauch zu den lautesten Kritikerinnen im Fall Sugus gehörte. Ihr Mediensprecher liess damals verlauten, dass die Stadt an einem Kauf interessiert sei, um die Mietverhältnisse zu schützen.

Im Sonntags-Blick liess sich die Stadtpräsidentin beispielsweise wie folgt zitieren: «Sie wolle sich nach den Gründen für das Vorgehen erkundigen und ausloten, wie die Stadt zu einer verbesserten Situation für die Mietparteien beitragen könne.»

Angesichts der massiven Entrüstung im Fall Sugus sollten nun ebendiese und weitere Fragen bei einer städtischen Wohnstiftung auch gestellt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was sind die Gründe für dieses Vorgehen?
2. Wie kann die Stadt zu einer verbesserten Situation für die Mietparteien beitragen?
3. Wurde geprüft, ob eine Sanierung ohne den Auszug der Mietenden möglich ist? Falls nein, warum nicht?

4. Falls eine Sanierung ohne den Auszug der Mietenden nicht möglich ist, könnte man den Mietparteien die Möglichkeit bieten, während der Umbauphase vorübergehend auszuziehen und nach Abschluss der Arbeiten wieder in ihre Wohnungen zurückzukehren. Diese Option wäre insbesondere für Mieterinnen und Mieter relevant, die die Vermietungsrichtlinien der SEW erfüllen. Wurde diese Option den Mietparteien angeboten? Falls nicht, warum?
5. Gemäss Stiftungsstatuten macht die Stiftung der betroffenen Mieterin oder dem betroffenen Mieter nach Möglichkeit zwei angemessene Ersatzangebote, wenn wegen baulicher Massnahmen ein Wohnungswechsel nötig ist. Wurde diese Vorgabe eingehalten? Falls ja, wie?
6. Gibt es Unterstützung für Gewerbetreibende, die durch den Auszug ihre Geschäftsgrundlage verlieren?
7. Wie bewertet der Stadtrat die geplante Sanierung im Kontrast zum Stiftungszweck der «einfachen Ausbaustandards»?
8. Wie hoch werden die Mieten nach der Sanierung im Vergleich zu den aktuellen Mietzinsen ansteigen? (Bitte in Prozent und Franken angeben.)
9. Die SEW betreibt in dieser Liegenschaft die eigene Geschäftsstelle. Wo wird diese Geschäftsstelle während der Umbauphase untergebracht?

Mitteilung an den Stadtrat

4224. 2025/31

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 22.01.2025:

Velounfall vom 13. Januar 2025 mit einem LKW, Auflistung der Unfälle zwischen Velofahrenden und LKWs in den vergangenen 10 Jahren, Vergleich mit anderen Städten, Massnahmen zur Verhinderung solcher Unfälle, mögliche Anpassung der Gesetzgebung und Beurteilung der Sicherheit bei Trottoir-Überfahrten sowie Bestrebungen hinsichtlich der Vision Zero

Von Matthias Probst (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) ist am 22. Januar 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Montag, 13. Januar, 2025 wurde erneut eine Velofahrerin von einem LKW-Fahrer beim Rechtsabbiegen schwer verletzt. Es ist ein weiterer schlimmer Unfall, wie es in der Stadt Zürich in der jüngeren Vergangenheit bereits zu viele gegeben hat.

Der Stadtrat wird angehalten, folgende Fragen zu klären:

1. Wie viele Unfälle zwischen Velo- und LKW-Fahrenden mit Todesfolge und schwer Verletzten wurden in der Stadt Zürich in den vergangenen 10 Jahren registriert?
2. Wie steht diese Anzahl von LKW-Unfällen mit Velobeteiligung zu den anderen grösseren Städten in der Schweiz (wie etwa Basel, Bern und Genf)?
3. Welche Massnahmen hat die Stadt bisher ergriffen und gedenkt die Stadt in Zukunft zu ergreifen, um Unfälle mit rechtsabbiegenden LKWs zu verhindern?
4. Wie steht der Stadtrat dazu, die Gefahr von rechtsabbiegenden LKWs durch eine Anpassung der nationalen Gesetzgebung zu verringern – wie etwa Abbiegen für LKWs im städtischen Gebiet nur im Schrittempo, LKWs im städtischen Gebiet nur mit Abbiegeassistent oder Beifahrerin beziehungsweise Beifahrer. Unternimmt er Bemühungen in diese Richtung?
5. War die Unfallstelle (Kalkbreitestrasse/Zurlindenstrasse) der Stadt mit Bedenken zur Verkehrssicherheit bereits bekannt?
6. Der Knoten wurde erst kürzlich von einer LSA (mit vorgezogenem Haltebalken fürs Velo) zu einer Trottoirüberfahrt umgebaut. Entgegen der Mitteilung der Stadt zum Bauprojekt, sind Zufussgehende beim Queren und offenbar auch Velofahrende beim Abbiegen nicht genügend geschützt.
 - a. Wie wird der Einsatz von Trottoirüberfahrten beurteilt?
 - b. Bis zu wie viel einmündendem/querendem motorisiertem Verkehr ist eine Trottoirüberfahrt als Knotenform kompatibel?
 - c. Welche ähnlichen Stellen wurden kürzlich oder werden in naher Zukunft in ähnlicher Weise umgebaut?
7. Kann die Sicherheit der Velofahrenden in einer solchen Situation (im Knotenbereich) durch baulich getrennte, abgesetzte Radwege erhöht werden?

8. Welche Sofort-Massnahmen werden nach diesem Unfall und im Zusammenhang mit der Umsetzung der Velovorzugsroute entlang der Zurlindenstrasse am Knoten ergriffen?
9. Welche Massnahmen werden an ähnlich exponierten Stellen zu Verhinderung solcher Unfälle ergriffen?
10. Welche Bestrebungen gibt es in der Stadt Zürich, die Vision Zero (Übergeordnetes Ziel: Null Verkehrstote) voranzutreiben?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

4225. 2024/466

Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP), Sebastian Zopfi (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 25.09.2024:

Besetzung des Kasernenareals am Freitag, 20. September 2024, Anzahl anwesender, identifizierter, gebüsster oder weggewiesener Besetzende, Gründe für die Tolerierung der Technoparty, Höhe der Sachschäden und Übernahme der entstandenen Kosten sowie Hintergründe zur gewählten Kommunikation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2 vom 8. Januar 2025).

4226. 2024/480

Schriftliche Anfrage von Sandro Gähler (SP) vom 02.10.2024:

Elektrische Trendfahrzeuge, Anzahl der zu schnell fahrenden Fahrzeuge im Privatbesitz, Einschränkung der Erhältlichkeit, Information über die fehlende Strassenzulassung und Erfassung der Käufe sowie Strategie der Stadtpolizei zur Identifikation und Büssung der zu schnell fahrenden Fahrzeuge

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 4 vom 8. Januar 2025).

4227. 2024/482

Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 02.10.2024:

Einschätzung und Steuerung der zunehmenden Anzahl leerstehender Zweitwohnungen, Angabe der Anzahl Personen, die in diesen Wohnungen untergebracht werden könnten, Massnahmen zur Vermietung der Wohnungen und gegen Scheinanmeldungen der Eigentümerschaften in anderen Gemeinden, Stand der Prüfung einer Zweitwohnungs- und Tourismusabgabe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 127 vom 15. Januar 2025).

4228. 2024/487

Schriftliche Anfrage von Ruedi Schneider (SP) und Severin Meier (SP) vom 23.10.2024:

Problematik der Autoposer-Szene in der Stadt, aktuelle Erhebungen zur Entwicklung, betroffene Standorte, Anzahl Verzeigungen, Wegweisungen und weitere ergriffene Massnahmen sowie ergänzende Möglichkeiten für die Lösung des Problems

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3 vom 8. Januar 2025).

4229. 2024/307

Weisung vom 26.06.2024:

Elektrizitätswerk, Realisierung Energieverbund Altstetten und Höngg-West, Zusatzkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 6. November 2024 ist am 13. Januar 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2025.

4230. 2024/333

Weisung vom 03.07.2024:

Elektrizitätswerk, Kraftwerk Castasegna, Projekt «Revitalisierung Aue Cavril» im Bergell, naturemade star-Beitrag, Zusatzkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 6. November 2024 ist am 13. Januar 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 29. Januar 2025.

Nächste Sitzung: 29. Januar 2025, 17.00 Uhr